

Zuger Zeitung

Montag, 22. Mai 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 118 | Fr. 3.50 | € 4.– www.zugerzeitung.ch



Stimmenzähler
Fachbereichsleiter
Franco Keller koordiniert
die Zuger Zähler. 12

Energie: Weichen sind gestellt

Abstimmung Das Stimmvolk hat das Energiegesetz angenommen, und zwar deutlicher als erwartet. 58,2 Prozent haben gestern Ja gesagt. Damit wird der Bau neuer Atomkraftwerke in der Schweiz verboten. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden stärker gefördert. Insgesamt nahmen rund 1321900 Personen das revidierte Energiegesetz an, 949200 lehnten es ab. Nein sagten die vier Kantone Obwalden, Schwyz, Glarus und Aargau. Am deutlichsten angenommen wurde die Vorlage in den Westschweizer Kantonen. Die höchste Zustimmung gab es in der Waadt mit 73,5 Prozent. (sda)

Kommentar 6. Spalte 2/3

Luzern gegen höhere Steuern

Abstimmung Die Finanzlage des Kantons Luzern bleibt ungemütlich. 66020 Stimmbürger (54 Prozent) legten gestern bei der Erhöhung des Steuerfusses von 1,6 auf 1,7 Einheiten ein Nein in die Urne. Von den Wahlkreisen sagte einzig die Stadt Luzern Ja (zu 53,2 Prozent).

Durch die geplante Steuerfusserhöhung fehlen dem Kanton nun rund 64 Millionen Franken pro Jahr. Wie das kompensiert wird, ist noch völlig offen. Für den Luzerner Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos) ist das Votum der Stimmbürger klar. Der Kanton soll seinen Sparkurs weiterhin konsequent umsetzen. (red)

18

Warum Eltern ihre Kinder entführen

Vermittlung Die Statistik zeigt: Immer mehr Mütter und Väter entführen ihre Kinder von der Schweiz in ihr Heimatland. In solchen Fällen vermittelt die Schweizerische Stiftung des internationalen Sozialdienstes (SSI) mit Sitz in Genf. Sie versucht, den Kontakt zwischen den Eltern und den Kindern wiederherzustellen. Stephan Auerbach, Abteilungsleiter und Mediator bei SSI, erklärt im Interview mit unserer Zeitung, wieso Eltern ihre Kinder entführen – denn oft ähneln sich die Fälle. Und er sagt auch, wieso eine Rückkehr zum verlassenen Elternteil nicht zwingend die beste Lösung fürs Kind ist. (red)

5

Linke scheitert mit Initiative

Zug Die Zuger Stimmbürger erteilen den jungen Linksparteien eine deutliche Abfuhr. Ihre Initiative «für bezahlbaren Wohnraum» wird klar abgelehnt.

Harry Ziegler
harry.ziegler@zugerzeitung.ch

Die Gesetzesinitiative von Juso und Junge Alternative des Kantons Zug «für bezahlbaren Wohnraum» wurde am Sonntag von den Zuger Stimmbürgerinnen und -bürgern mit 11752 Ja- zu 22707 Nein-Stimmen abgelehnt. Dies entspricht einem Nein-Anteil von 65,9 Prozent. Die Stimmbeteiligung lag bei 46,88 Prozent.

Die Initiative verlangte eine Abkehr vom bisherigen Zuger Modell der Wohnraumförderung. Gemäss Initianten hätten bei einer Annahme bis in 20 Jahren mindestens 20 Prozent des Zuger Wohnungsbestandes nach Grundsätzen des preisgünstigen

Wohnungsbaus oder der Kostenmiete vermietet sein müssen. Nicht nur mit der Gesetzesinitiative allein sorgten die jungen Linken für Schlagzeilen. Mit einer Plakataktion, die die Zuger Regierungsräte Heinz Tännler (SVP) und Matthias Michel (FDP) und ihren Jahreslohn zeigte, sorgten die linken Jungparteien für Aufregung und eine superprovisorische Verfügung, die sie dazu zwang, die zwei Plakate, die im Bahnhof Zug hingen, abzudecken.

Nach dem Scheitern der Initiative bleibt im Kanton Zug in Sachen Wohnraumförderung alles wie gehabt. Der Kanton Zug fördert nach eigenen Angaben seit 1992 preisgünstigen Wohn-

Schulvorlagen deutlich angenommen

In der Stadt Zug und in der Gemeinde Cham entschied die Bevölkerung gestern über den Schulausbau. Die Stadtzuger stimmten dem **Baukredit von 16,5 Millionen Franken** für den Erweiterungsbau des **Schulhauses Riedmatt** sehr deutlich zu – mit fast 89 Prozent. Auch in Cham konnte der Gemeinderat einen Erfolg verbuchen. Mit einer Zustimmung von 83 Prozent sprachen sich die Einwohner für den **Kredit von 26,24 Millionen Franken** für die erste Umbauetappe der **Schulanlage Röhrliberg** aus. (red)

13/15

raum durch verschiedene Massnahmen. Wäre die Initiative angenommen worden, hätte innert dreier Jahre das kantonale Recht angepasst werden müssen.

Deutliches Ja zur Gebäudeversicherung

Als einzige Partei hatte die SVP des Kantons Zug gegen die Totalrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes angekämpft. Sie erlitt allerdings massiven Schiffbruch.

Die Zugerinnen und Zuger haben mit 26302 Ja- zu 6654 Nein-Stimmen die Totalrevision angenommen. Dies entspricht einem Ja-Stimmen-Anteil von 79,8 Prozent. Die Stimmbeteiligung lag bei 45,88 Prozent. 11

Auf die Plätze, fertig, los!



Hünenberg «Race of the Unicorns» lautet der klingende Name des Rennens, das jeweils im Rahmen des Hünenberger Velotags im Dorfzentrum stattfindet. Am Samstag war es wieder so weit. Der Anlass lockte zahlreiche Familien an. Dabei gaben auch die Kleinsten auf ihren Bobby-Cars und Puky-Laufrädern Vollgas. 16

Bild: Roger Zbinden (Hünenberg, 20. Mai 2017)

Kommentar

Nur ein Schrittchen

Deutlich, aber nicht überdeutlich hat das Schweizervolk das Energiegesetz angenommen. Es stützt damit den Kurs, den Bundesrat und Parlament schon vor Jahren eingeschlagen und nach Fukushima akzentuiert haben. Mit Subventionen sollen die neuen erneuerbaren Energien ausgebaut und die Energieeffizienz erhöht werden.

Das Ja ist ein Schrittchen auf diesem Weg, aber auch nicht mehr: Das neue Gesetz löst die immer drängendere Versorgungsproblematik nicht. Und es läutet auch punkto Atompolitik keine neue Ära ein. Zwar steht der Verzicht auf Ersatzbauten für die in die Jahre gekommenen Atomkraftwerke nun im Gesetz. Doch im Grunde war schon zuvor klar, dass in der Schweiz auf absehbare Zeit keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut werden können.

Dennoch ist das Ergebnis wichtig. Der Souverän hat damit all jenen eine Absage erteilt, die glauben machen wollten, man könne die Verwerfungen in der Energieversorgung einfach ignorieren. Der Pragmatismus hat hier über ordnungspolitische Ideologie gesiegt. Auf der anderen Seite ist die Zustimmung aber auch nicht so gross, dass man von einem Freipass für weitere fiskalische Eingriffe sprechen kann.

Die SVP, die als einzige Partei auf Bundesebene das Energiegesetz bekämpft hat, ist mit ihrem Referendum zwar gescheitert. Erreicht hat sie aber einen klaren Fingerzeig gegen überbordende Subventionitis. Das ist nicht wenig. Das Parlament ist nun gefordert, auf dem weiteren Weg zur viel beschworenen Energiewende Mass zu halten. Marktwirtschaftliche Lösungen sind das Gebot für das nächste Schrittchen.



Pascal Hollenstein
pascal.hollenstein@luzernerzeitung.ch